



Sitzungsvorlage

Nr.:	151/2005
ausgefertigt am:	20.06.2005
Fachamt:	Ordnungsamt
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Kreisausschuss– Kreistag

Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber im Bereich des Landkreises Cuxhaven hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2005

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 08.06.2005 folgenden Antrag gestellt:

**„Der Kreistag diskutiert die Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber, deren Aufenthalt im Landkreis Cuxhaven in Frage steht und denen die Abschiebung droht.
Zur Information der Mitglieder des Kreistages dokumentiert die Verwaltung (Ausländerbehörde) die Personen und Familien, für die ‚aufenthaltsbeendende Maßnahmen‘ geplant sind. In diese Dokumentation soll eingehen: Herkunft der Personen und Familien, Dauer des Aufenthaltes in Deutschland, Alter der Personen und Anzahl und Alter der Mitglieder der Familien.“**

Begründung:

In der Stadt Cuxhaven und in etlichen Kommunen des Landkreises gibt es große Unruhe und Besorgnis darüber, dass einzelne Menschen und große Familien von Abschiebung bedroht sind, die teilweise seit mehr als 10 Jahren mit großen integrativen Anstrengungen im Landkreis leben. Es sind dabei viele Kinder, die hier geboren wurden und ihre Heimat nirgendwo sonst als z. B. in Loxstedt, Stubben, Cuxhaven, also im Landkreis sehen.

Es sind Kinder von Eltern, die aus Kurdistan, aus dem Kosovo und anderen kriegszerstörten Regionen geflüchtet sind.

Laut international verantwortlichen Organisationen würde es zur weiteren Destabilisierung der Herkunftsländer führen, wenn jetzt Flüchtlinge ‚zurückgeführt‘ werden würden (Beispiele sind Afghanistan, der Kosovo, Kurdistan und andere).

Der vorliegende Antrag zielt auch darauf hin, die Problematik zu diskutieren, die für den Landkreis Cuxhaven aus der ‚Abschiebung von Menschen‘ entstehen wird.

Weitere Erklärungen und Begründungen zum Antrag werden mündlich gegeben.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Durch- und Ausführung der ausländerrechtlichen Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland sind in Niedersachsen den Landkreisen, kreisfreien und großen selbständigen Städten als Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises übertragen worden. Sie unterliegen den Weisungen der jeweils vorgesetzten Dienststelle. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben können sie eigene Entscheidungen treffen. Im Bereich des Asylverfahrensrechts sind sie an die Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder der Verwaltungsgerichte gebunden.

Im Bereich des Landkreises Cuxhaven halten sich derzeit 688 Personen auf, deren Aufenthalt lediglich geduldet wird. 76 Personen befinden sich noch im laufenden Asylverfahren. Bei 39 Personen ist derzeit ein Verfahren wegen Folgeantrag bzw. Wiederaufnahmeantrag anhängig.

Die in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewünschte Dokumentation von Herkunft der Personen und Familien, Dauer des Aufenthaltes in Deutschland, Alter der Personen und Anzahl und Alter der Mitglieder der Familien ist in so kurzer Zeit durch die Ausländerbehörde nicht zu leisten. Das zur Verfügung stehende Ausländerprogramm lässt derartige Auswertungen nicht zu. Die Zusammenstellung der erbetenen

Daten kann nur mit unverhältnismäßig großem zeitlich manuellem Aufwand erfolgen.
Hauptherkunftsländer der ausreisepflichtigen Ausländer – und evtl. abzuschiebenden – sind Serbien und Montenegro (ca. 235), Türkei (116), afrikanische Staaten (102).

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Bielefeld